

Analysen und Dokumente
Wissenschaftliche Reihe des Bundesbeauftragten
Band 9

Analysen und Dokumente

Wissenschaftliche Reihe

des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes
der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik

Herausgegeben von der Abteilung Bildung und Forschung

Redaktion:

Siegfried Suckut, Clemens Vollnhals, Walter Süß, Roger Engelmann

Silke Schumann

Parteierziehung in der Geheimpolizei

Zur Rolle der SED im MfS
der fünfziger Jahre

Ch. Links Verlag, Berlin

Ch.Links

Die Meinungen, die in dieser Publikationsreihe geäußert werden,
geben ausschließlich die Auffassungen der Autoren wieder.

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet
über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

1. Auflage 1997

© Christoph Links Verlag GmbH

Schönhauser Allee 36, 10435 Berlin, Tel. (030) 44 02 32-0

Internet: www.linksverlag.de; mail@linksverlag.de

Reihenentwurf: KahaneDesign, Berlin

Satz: Ch. Links Verlag

ISBN 978-3-86284-039-7

Inhalt

1.	Einleitung	7
2.	Parteiarbeit und geheimpolizeilich-geheimdienstliche Tätigkeit: Begriffsbestimmung und Differenzierung	15
3.	Zur Geschichte des Ministeriums bis 1957	22
3.1.	Von den Vorläufern bis zum Juni-Aufstand 1953	22
3.2.	Die Absetzung des Ministers Wilhelm Zaisser	29
3.3.	Die Amtszeit Ernst Wollwebers	34
4.	Der Parteiaufbau der SED im MfS	46
4.1.	Vorläufer und Anfänge	46
4.2.	Das 15. ZK-Plenum und die Auflösung der SED-Bezirksparteiorganisation	57
4.3.	Die Kreisparteiorganisation VII c/1 im MfS Berlin 1953–1957	67
5.	Die Anleitung der SED im MfS durch den zentralen Parteiapparat	73
6.	Die Parteiarbeit im Apparat der Staatssicherheit	79
6.1.	Disziplinierung	79
	Kompetenzdiskussionen	81
	Unterordnung unter geheimpolizeilich-geheimdienstliche Effizienz	89
	Parteistrafen	102
6.2.	Beteiligung an Kaderentscheidungen	104
6.3.	Einfluß auf die „Fachschulung“	112
6.4.	Ideologische Schulung	114
	Parteilehrjahr und „marxistisch-leninistische Schulung“	115
	Die „Auswertung“ politischer Ereignisse	126
	Parteiversammlungen	129
6.5.	Die Zusammenarbeit zwischen Parteileitungen und dienstlichen Vorgesetzten	134
7.	Bilanz	143

8. Dokumente	150
Editorische Vorbemerkung	150
Verzeichnis der Dokumente	151
Dokumente 1 – 10	152

Anhang

Verzeichnis der benutzten Quellen und Literatur	204
Ungedruckte Quellen	204
Gedruckte Quellen und Literatur	206
Abkürzungsverzeichnis	214
Personenregister	216
Angaben zur Autorin	218

1. Einleitung

Das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) war als „Schild und Schwert der Partei“ das wichtigste Herrschaftsinstrument der SED. Seine Schlagkraft ergab sich aus der spezifischen Kombination der ihm zugewiesenen Aufgaben: Es war Geheimpolizei, Geheimdienst und Untersuchungsorgan für politische Straftaten; außerdem besaß es militärische Verbände, die bei inneren Unruhen eingesetzt werden konnten.¹ Die Beziehungen zwischen der Staatspartei und ihrem Sicherheitsdienst waren komplex und vielschichtig. Formal gehörte das MfS zum Staatsapparat, seinem Selbstverständnis und seiner Funktion nach stellte es jedoch einen Parteigeheimdienst dar, der nicht nur die „führende Rolle“ der SED im Staat, sondern in erster Linie die Macht einer kleinen Gruppe von Funktionären in der Parteispitze sicherte. Diese Funktönrärsgruppe mußte, wie letztlich alle diktatorischen Führungen, dafür sorgen, daß sich ihr Repressionsapparat nicht verselbständigte oder gar gegen sie wandte. Dabei hatte sie einen Balanceakt zwischen den konspirativen Notwendigkeiten geheimpolizeilicher und geheimdienstlicher Arbeit einerseits und den eigenen Kontrollinteressen andererseits zu vollführen.

Institutionell war das MfS der SED klar untergeordnet: Die Parteiführung leitete den Minister für Staatssicherheit mittels der Beschlüsse des Politbüros und der Sicherheitskommission an. In der Praxis wurde dieses Unterordnungsverhältnis, zumal während der fünfziger Jahre, dadurch kompliziert, daß die SED ihre führende Rolle gegenüber dem MfS mit der sowjetischen Brudermacht teilen mußte. Zudem waren die jeweiligen Leiter des Staatssicherheitsdienstes über ihre Mitgliedschaft im Zentralkomitee und dem Politbüro oder der Sicherheitskommission in die SED-Führung integriert. Personalunionen wie diese verwischten klare Weisungsstrukturen und begünstigten die Bildung informeller Einflußsphären und Allianzen. Sie banden ihre Träger zwar enger an die Partei, verliehen ihnen aber zusätzliche Macht, die sich im Konfliktfall auch gegen Teile der übrigen Parteiführung richten konnte. So waren die jeweiligen Minister für Staatssicherheit, Wilhelm Zaisser und Ernst Wollweber, in den Jahren 1953 bzw. 1957 an prominenter Stelle der innerparteilichen Auseinandersetzungen um den Ersten Sekretär der SED, Walter Ulbricht, zu finden.

Die vorliegende Studie gilt einer zweiten Ebene der Beziehungen zwischen SED und MfS, ohne die das Verhältnis zwischen Staatspartei und

1 Vgl. Karl Wilhelm Fricke: Die DDR-Staatssicherheit. Entwicklung, Strukturen, Aktionsfelder, Köln, 2. Aufl. 1984, S. 13.

Staatssicherheit unvollständig beschrieben wäre: Sie behandelt die SED-Betriebsparteiorganisation im MfS. Solche Betriebsparteiorganisationen existierten in allen volkseigenen Betrieben, Verwaltungen und Institutionen der DDR, in denen drei oder mehr SED-Mitglieder arbeiteten.² Sie sollten die „führende Rolle der Partei der Arbeiterklasse“ bis in die untersten hierarchischen Ebenen ihrer Betriebe und Verwaltungen durchsetzen sowie allen Mitarbeitern, auch den parteilosen, durch politische Propaganda die Ziele der SED nahebringen und sie zu hohen Leistungen an ihrem Arbeitsplatz motivieren.³ Außerhalb der staatlichen Verwaltung besaßen sie seit 1954 auch das Recht zur „Kontrolle über die Tätigkeit der Betriebsleitungen“ und sollten die Durchführung der Arbeitspläne überwachen. Wegen der „besonderen Arbeitsbedingungen“ im Staatsapparat waren die Parteiorganisationen dort bis 1976 lediglich berechtigt, Arbeitsmängel in ihrer Institution an Parteimitglieder in leitenden Positionen dieser Institution, an das ZK der SED oder andere ihnen übergeordnete Parteinstanzen zu melden.⁴ Die Verästelungen der SED-Betriebsparteiorganisation im MfS reichten bis in die untersten hierarchischen Ebenen des Repressionsapparates; sie war damit das Instrument der SED-Führung für eine Steuerung und Überwachung des MfS von innen und von unten, welche die Anleitung von oben und von außen ergänzte.

Die Untersuchung analysiert Geschichte, Struktur und Tätigkeit der Parteiorganisation im Staatssicherheitsdienst in der Zeit von 1950 bis 1957. Im Jahr 1950 wurde das Ministerium für Staatssicherheit offiziell gegründet und seine Betriebsparteiorganisation eingerichtet. Das Jahr 1957 bedeutete sowohl für die SED im MfS⁵ wie auch für den Staatssicherheitsdienst selbst eine Zäsur, die in einem Personalwechsel an der Spitze ihren Ausdruck fand: Es wurden sowohl der Erste Sekretär der SED-Kreisparteiorganisation im MfS Berlin, Alfred Schönherr, als auch der Minister für Staatssicherheit, Ernst Wollweber, abgesetzt. Letzterer wurde überdies im Februar 1958 wegen Beteiligung an einer angeblichen „Fraktion“ gegen Ulbricht aus dem ZK der SED ausgeschlossen. Der gewählte Zeitraum ist für die Geschichte der Parteiorganisation deshalb von besonderem Interesse,

2 Statut der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, beschlossen auf dem III. Parteitag am 20.–24.7.1950, hier Abschnitt 59, in: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. III, Berlin (Ost) 1952, S. 162–176, hier 174; Statut der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, beschlossen auf dem IV. Parteitag am 30.3.–6.4.1954, hier Abschnitt 62, in: ebenda, Bd. V, Berlin (Ost) 1956, S. 90–115, hier 108.

3 Vgl. Statut der SED 1950, Abschnitt 64, in: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei, Bd. III, S. 175; Statut der SED 1954, Abschnitt 63, in: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei, Bd. V, S. 108–110.

4 Statut der SED 1954, Abschnitt 70, in: ebenda, S. 111.

5 Von Juli 1953 bis November 1955 war der Staatssicherheitsdienst als Staatssekretariat für Staatssicherheit (SfS) in das Ministerium des Innern eingegliedert. Im folgenden wird die Bezeichnung SfS nur in Aussagen benutzt, die sich ausschließlich auf diesen Zeitraum beziehen.

weil sich in dieser Phase Strukturen und Arbeitsweisen entwickelten, die ihre Existenz bis 1989 prägten.

Im Mittelpunkt der Betrachtung steht das Verhältnis zwischen der Arbeit der Parteiorganisation einerseits und der Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes andererseits. Untersucht wird, wie die SED im MfS dazu beitrug, aus der Staatssicherheit ein Herrschaftsinstrument der Partei zu machen. Es wird geprüft, ob und auf welche Weise sie dabei mitwirkte zu verhindern, daß sich im Sicherheitsapparat eigene Interessen herausbildeten, die denen der Parteiführung zuwiderliefen. Zu fragen ist dabei einerseits, ob die Parteiorganisation ihren Einfluß auch in Bereichen geltend machen konnte, die eigentlich der geheimpolizeilich-geheimdienstlichen Arbeit zugerechnet werden können. Andererseits sollen auch etwaige Einflüsse der dienstlichen Leitung des Ministeriums auf die Parteiarbeit untersucht werden. Die Analyse gilt deshalb vor allem den Überschneidungszonen von Parteiarbeit und geheimpolizeilich-geheimdienstlicher Tätigkeit, die im Verlauf der Studie näher bestimmt werden.

Voraussetzung dafür sind zunächst Abgrenzung und innere Differenzierung der Begriffe „Parteiarbeit“ und „geheimpolizeilich-geheimdienstliche Tätigkeit“, wie sie im folgenden Kapitel vorgenommen werden. Es schließt sich ein kurzer Überblick über die Entwicklung des Ministeriums bis 1957 an, der einige Rahmendaten für das Verständnis der Geschichte der Betriebsparteiorganisation enthält. Im Anschluß wird auf die Organisationsentwicklung der SED im MfS eingegangen und untersucht, wie die SED-Parteiführung die Parteiorganisation anleitete. Der zweite Teil wendet sich der Fragestellung im engeren Sinne zu: dem Verhältnis zwischen Parteiarbeit und Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes. Er behandelt wichtige Arbeitsbereiche der SED im MfS: die Disziplinierung der Parteimitglieder, ihre ideologische und „fachliche“ Schulung sowie die Mitwirkung der Parteiorganisation bei Kaderentscheidungen. Abschließend wird die Zusammenarbeit von Parteileitungen und dienstlichen Leitungen analysiert.

Bislang hat die Forschung über die SED im MfS wenig zutage gefördert: Bis Anfang der neunziger Jahre war eine empirische Erforschung ohnehin nicht möglich, weil das Innenleben des MfS strenger Geheimhaltung unterlag. Von den in Westdeutschland bis 1989 entstandenen Publikationen zur Staatssicherheit, die sich im wesentlichen auf Zeitungsmeldungen und geheimdienstliche Quellen stützten, enthält lediglich Karl Wilhelm Fricke's Standardwerk „Die DDR-Staatssicherheit“ einen Abschnitt zur Parteiarbeit im MfS, der den Stand des Wissens vor der Öffnung der Akten repräsentiert.⁶ In der DDR entstand zwar vor 1989 eine Geschichte der Staatssicherheit, die aber lediglich als internes Lehrmaterial der Juristischen Hochschule des MfS

6 Fricke: DDR-Staatssicherheit, S. 81–91.

benutzt wurde.⁷ Sie enthält, gestützt auf Akten der SED-Kreisleitung im MfS Berlin, auch einige Anmerkungen zur Betriebsparteiorganisation im MfS, gibt allerdings wegen ihrer doktrinären Ausrichtung die historische Realität oberflächlich und verzerrt wieder, und steht, auch wegen ihres nicht-öffentlichen Charakters, an der Grenze zwischen Literatur und Quelle. Die Öffnung der Archive von SED und MfS Anfang der neunziger Jahre führte bislang zu keinen substantiell neuen Forschungsergebnissen. Das von Karl Wilhelm Fricke gezeichnete Bild wurde lediglich um einige Detailinformationen erweitert.⁸

Über die angrenzenden Themenbereiche, das Ministerium für Staatssicherheit einerseits und die Staatspartei SED andererseits, existiert ein Fülle von Literatur,⁹ von der jedoch nur ein relativ kleiner Teil Informationen über die späten vierziger und die fünfziger Jahre enthält. Für das MfS sei hier auf Jens Gieseke's Zusammenfassung des gegenwärtigen Forschungsstandes zur Entwicklung des MfS verwiesen,¹⁰ für das Verhältnis zwischen SED und Staatssicherheit vor allem auf den von Siegfried Suckut und Walter Süß herausgegebenen Tagungsband „Staatspartei und Staats-

7 Studienmaterial zur Geschichte des Ministeriums für Staatssicherheit, hrsg. von der Juristischen Hochschule Potsdam des MfS, o. O., o. J. Zu den fünfziger Jahren vgl. Teil III: Die Bildung des Ministeriums für Staatssicherheit. Die erfolgreiche Bekämpfung der Feinde in den ersten Jahren nach der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik und des planmäßigen Aufbaus des Sozialismus (1949–1955); BStU, ZA, VVS MfS 160-69/73, S. 18, 46f., 69, 92–94, 112, 121f., sowie Teil IV: Der Kampf des Ministeriums für Staatssicherheit um die Gewährleistung der Sicherheit der DDR – ein Beitrag zur Sicherung des Friedens und zum Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse (1955–1961); BStU, ZA, VVS MfS 160-87/73, S. 12–16, 46–48, 68–70.

8 Vgl. Karl Wilhelm Fricke: MfS intern. Macht, Strukturen, Auflösung der Staatssicherheit. Analyse und Dokumentation, Köln 1991, S. 16–18; ders.: Das Ministerium für Staatssicherheit als Herrschaftsinstrument der SED, in: Klaus Schönhoven und Dietrich Staritz (Hrsg.): Sozialismus und Kommunismus im Wandel. Hermann Weber zum 65. Geburtstag, Köln 1993, S. 399–414, hier 404–409; Kerstin Jakob: Zur Arbeit des Sektors MfS der Abteilung für Sicherheitsfragen im Zentralkomitee der SED in den fünfziger Jahren, in: Zwie-Gespräch (1992) 11, S. 12–22; Peter Siebenmorgen: „Staatssicherheit“ der DDR. Der Westen im Fadenkreuz der Stasi, Bonn 1993, S. 10–20.

9 Vgl. für das MfS: Bibliographie zum Staatssicherheitsdienst der DDR, zusammengestellt von Hildegard von Zastrow (BF informiert, 15), BStU, Berlin, 2. Aufl. 1996; für die Literatur zur SED siehe die bibliographischen Anhänge bei Dietrich Staritz: Geschichte der DDR, Frankfurt (Main), 2. Aufl. 1996, S. 470–473; Hermann Weber: Die DDR. 1945–1990, München, 2. Aufl. 1993, S. 234–241 sowie den Literaturüberblick des letzteren, in: ebenda, S. 157–168.

10 Jens Gieseke: Das Ministerium für Staatssicherheit 1950 bis 1989/90, in: Hans Ehlert, Torsten Diedrich und Rüdiger Wenzke (Hrsg.): Im Dienste der Partei. Die bewaffneten Organe der DDR, Berlin 1998 (in Vorb.); vgl. zum genannten Zeitraum außerdem: Norman M. Naimark: The Russians in Germany. A History of the Soviet Zone of Occupation. 1945–1949, Cambridge (Massachusetts), London 1995, S. 353–397; Roger Engelmann: Diener zweier Herren. Das Verhältnis der Staatssicherheit zur SED und den sowjetischen Beratern 1950–1959, in: Siegfried Suckut und Walter Süß (Hrsg.): Staatspartei und Staatssicherheit. Zum Verhältnis von SED und MfS, Berlin 1997, S. 51–72; Roger Engelmann und Silke Schumann: Kurs auf die entwickelte Diktatur. Walter Ulbricht, die Entmachtung Ernst Wollwebers und die Neuausrichtung des Staatssicherheitsdienstes 1956/57 (BF informiert, 1), BStU, Berlin 1995.

sicherheit“.¹¹ Zur SED der fünfziger Jahre vermitteln die vor 1989 erschienenen älteren westdeutschen politologischen Standardwerke unter anderem von Eckart Förtsch, Joachim Schultz und Carola Stern nach wie vor wichtige Basisinformationen.¹² Außerdem liegen erste Ergebnisse der aktengestützten Forschung aus der Zeit nach 1989 vor,¹³ von denen sich die Arbeiten von Helmut Müller-Enbergs¹⁴ und Frank Stern¹⁵ sowie der Band von Thomas Klein, Wilfriede Otto und Peter Grieder¹⁶ zu inneren Auseinandersetzungen und Säuberungen in der SED als besonders hilfreich erwiesen. Eine umfassende aktengestützte Organisations-, Mitglieder- und Ideologiegeschichte der SED der fünfziger Jahre steht gleichwohl noch aus.

Ebensowenig sind bislang auf archivalischen Quellen beruhende empirische Paralleluntersuchungen über einzelne SED-Betriebsparteiorganisationen in anderen Verwaltungen, Institutionen oder Betrieben publiziert worden,

- 11 Suckut/Süß (Hrsg.): Staatspartei und Staatssicherheit; vgl. auch Walter Süß: Das Verhältnis zwischen SED und Staatssicherheit. Eine Skizze seiner Entwicklung (BF informiert, 17), BStU, Berlin 1997; Karl Wilhelm Fricke: Herrschaftsinstrument der SED; Walter Süß: „Schild und Schwert“ – Das Ministerium für Staatssicherheit und die SED, in: Klaus-Dietmar Henke und Roger Engellmann (Hrsg.): Aktenlage. Die Bedeutung der Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes für die Zeitgeschichtsforschung, Berlin 1995, S. 83–97.
- 12 Eckart Förtsch und Rüdiger Mann: Die SED, Stuttgart u. a. 1969; Eckart Förtsch: Parteischulung als System der Kaderbildung in der SBZ (1946–1963), masch. Diss. Erlangen-Nürnberg 1964; Joachim Schultz: Der Funktionär in der Einheitspartei. Kaderpolitik und Bürokratisierung in der SED, Stuttgart, Düsseldorf 1956; Carola Stern: Porträt einer bolschewistischen Partei. Entwicklung, Funktion und Situation der SED, Köln 1957; vgl. außerdem die in Anm. 20 genannten Untersuchungen. Zur Organisationsgeschichte im engeren Sinne waren überdies die folgenden beiden, in der DDR entstandenen, für den internen Dienstgebrauch im Zentralen Parteiarchiv erstellten Überblicke hilfreich: Günter Uebel und Erich Woitinas: Die Entwicklung des Parteaufbaus und der Organisationsstruktur der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands in den Jahren von 1946 bis 1954, masch. Manuskript, Berlin (Ost) 1966; Erich Woitinas und Walter Geder: Die Entwicklung des Parteaufbaus und der Organisationsstruktur der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands vom IV. bis VI. Parteitag (1954–1963), masch. Manuskript, Berlin (Ost) 1970.
- 13 Vgl. Monika Kaiser: Die Zentrale der Diktatur – organisatorische Weichenstellungen, Strukturen und Kompetenzen der SED-Führung in der SBZ/DDR 1946 bis 1952, in: Jürgen Kocka (Hrsg.): Historische DDR-Forschung. Aufsätze und Studien, Berlin 1993, S. 57–86; dies.: Herrschaftsinstrumente und Funktionsmechanismen der SED in Bezirk, Kreis und Kommune, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, hrsg. vom Deutschen Bundestag, Baden-Baden, Frankfurt (Main) 1995, Bd. II: Machtstrukturen und Entscheidungsmechanismen im SED-Staat und die Frage der Verantwortung, S. 1791–1834; Ilko-Sascha Kowalczyk: „Wir werden siegen, weil uns der große Stalin führt!“ Die SED zwischen Zwangsvereinigung und IV. Parteitag, in: Ilko-Sascha Kowalczyk, Armin Mitter und Stefan Wolle (Hrsg.): Der Tag X – 17. Juni 1953. Die „Innere Staatsgründung“ der DDR als Ergebnis der Krise 1952/54, Berlin 1995, S. 171–242; Lutz Priß: Die Kreisleitungen der SED im politischen Herrschaftssystem der DDR – ihre Strukturen und Aufgaben. Ein Überblick, in: Materialien der Enquete-Kommission, Bd. II, S. 2464–2508.
- 14 Helmut Müller-Enbergs: Der Fall Rudolf Herrnstadt. Tauwetterpolitik vor dem 17. Juni, Berlin 1991.
- 15 Frank Stern: Dogma und Widerspruch. SED und Stalinismus in den Jahren 1946 bis 1958, München 1992.
- 16 Thomas Klein, Wilfriede Otto und Peter Grieder: Visionen. Repression und Opposition in der SED (1949–1989), 2 Bde., Frankfurt (Oder) 1996.

sieht man einmal von den in der DDR entstandenen Untersuchungen ab, die wegen ihrer Unterordnung unter das Dogma der Unfehlbarkeit der herrschenden „Partei der Arbeiterklasse“ lediglich Bedeutung im Hinblick auf das offizielle Selbstverständnis der SED haben.¹⁷ Der bislang begrenzte Wissensstand hat eine erhebliche Unsicherheit bei der Beurteilung des Einflusses der SED-Gliederungen in Betrieben, Verwaltungen und Institutionen zur Folge. Dies dokumentieren zwei Gutachten, die für die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ gefertigt wurden: Der Gutachter Thomas Ammer äußerte die Meinung, daß ungeachtet aller Unterschiede im einzelnen der Parteisekretär in vielen Betrieben, Institutionen und Behörden „der eigentliche Chef“ gewesen sei, der bei allen wichtigen Entscheidungen habe gefragt werden müssen.¹⁸ Zumindest in bezug auf den Staatsapparat vertrat der Gutachter Georg Brunner geradezu die gegenteilige Auffassung: Die Hauptfunktion der dortigen Parteisekretäre sei diejenige einer Informationsquelle für die nächsthöhere Parteinstanz gewesen.¹⁹ Solche Bewertungsdivergenzen lassen sich nur durch die genaue Betrachtung einzelner Betriebsparteiorganisationen abbauen. In diesem Sinne leistet die vorliegende Studie auch einen Beitrag zur SED-Parteigeschichte, selbst wenn ihre Ergebnisse wegen des besonderen Charakters des MfS als „bewaffnetes Organ“, seiner konspirativen Struktur und seiner zentralen Rolle bei der Herrschaftssicherung des SED-Regimes nicht umstandslos verallgemeinert werden dürfen.

Da das Verhältnis zwischen SED und MfS einen Spezialfall des Verhältnisses zwischen führender Partei und Staat in der DDR darstellt, sind abschließend noch die in der Bundesrepublik Deutschland vor 1989 erschienenen Publikationen von Ernst Richert, Rudolf Schwarzenbach, Gert-Joachim Glaeßner und Gero Neugebauer zu nennen.²⁰ Ihre Untersuchungen zu Herrschaftstechniken und -methoden der SED gegenüber dem Staatsapparat enthalten wichtige Anregungen, auch wenn sie dabei, abge-

17 Vgl. z. B. Hans Maur: Die politische Führungstätigkeit der Parteiorganisation der SED beim Aufbau des Kombinati „Schwarze Pumpe“ bis zum V. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (April 1955–Juli 1958), Dresden, masch. Diss. 1970; Eva Georgi und Helga Weißflog: Unser Ziel – Die Errichtung der Fundamente des Sozialismus. Ein Beitrag zur Geschichte der BPO der Filmfabrik Wolfen 1949–1955, Wolfen 1986.

18 Thomas Ammer: Die Machthierarchie der SED, in: Materialien der Enquete-Kommission, Bd. II, S. 803–867, hier 818.

19 Georg Brunner: Staatsapparat und Parteiherrschaft in der DDR, in: ebenda, Bd. II, S. 989–1029, hier 1027.

20 Vgl. Ernst Richert: Macht ohne Mandat. Der Staatsapparat in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, Köln, Opladen 1958; Rudolf Schwarzenbach: Die Kaderpolitik der SED in der Staatsverwaltung. Ein Beitrag zur Entwicklung des Verhältnisses von Partei und Staat in der DDR (1945–1975), Köln 1976; Gert-Joachim Glaeßner: Herrschaft durch Kader. Leitung der Gesellschaft und Kaderpolitik in der DDR am Beispiel des Staatsapparates, Opladen 1977; Gero Neugebauer: Partei und Staatsapparat in der DDR. Aspekte der Instrumentalisierung des Staatsapparats durch die SED, Opladen 1978.

sehen von Richert, die Rolle des Repressionsorgans MfS aussparen. Sie weisen darauf hin, daß Partei und Staat zwar in der Praxis vielfältig miteinander verflochten waren, der Ideologie nach aber streng getrennte Aufgaben besaßen. Die „Partei der Arbeiterklasse“ gab kraft ihres Wissens um den gesetzmäßigen Gang der Geschichte den Weg der sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft vor. Der Staatsapparat galt als das Instrument zur praktischen Umsetzung des Parteiwillens, seine Tätigkeit war also nicht in erster Linie auf die Erfüllung gegenwärtiger Bedürfnisse der Bevölkerung und die Bewältigung aktueller Probleme hin ausgerichtet, sondern auf das ideologisch begründete Zukunftsziel der kommunistischen Gesellschaft.²¹ In der Verfolgung dieses Ziels besaß der Staat nach marxistisch-leninistischer Definition im wesentlichen repressive, wirtschaftsorganisatorische und kulturell-erzieherische Aufgaben: Er hatte für die Unterdrückung der Klassengegner zu sorgen, über die Wirtschaftsplanung die Produktion und Distribution von Gütern zu regeln, kulturelle und soziale Aufgaben zu lösen sowie bei alledem erzieherisch auf die Bürger einzuwirken, um sie zur aktiven Mitarbeit am sozialistischen Umgestaltungsprozeß zu bewegen. Die Partei wiederum mußte sicherstellen, daß der Staatsapparat angesichts seiner Fülle von Einzelaufgaben und der Zwänge, mit denen er täglich konfrontiert war, nicht die ihm von der Partei gestellten Aufgaben vernachlässigte.²² Sie bediente sich dazu, wie Ernst Richert und Gero Neugebauer feststellten, verschiedener Techniken²³: der Lenkung des Staatsapparats durch entsprechende Parteibeschlüsse, der personellen Verschmelzung der Spitzenpositionen in Partei und Staat, der Kaderarbeit und schließlich der Arbeit der Parteiorganisationen im Staatsapparat.

Die Untersuchung stützt sich vor allem auf ungedruckte Quellen aus dem Archiv des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen (BStU) und der „Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR“ im Bundesarchiv (SAPMO-BA). Die Akten der SED-Kreisleitung in der Zentrale des MfS (MfS Berlin), die beim Bundesbeauftragten lagern, bilden den wichtigsten Bestand.²⁴ Er enthält Beschlüsse und Arbeitspläne der Kreisleitung, außerdem Redemanuskripte und Protokolle von Kreisleitungssitzungen, Kreisparteiaktivtagungen, Kreisdelegiertenkonferenzen sowie für die Zeit ab 1957 auch von Büro- bzw. Sekretariatssitzungen. Bis zum Juni 1953 sind nur vereinzelte, gleichwohl zentrale Dokumente überliefert, die Jahre 1954 bis 1957 erwiesen sich als umfangreicher dokumentiert. Materialien aus den Grundorganisationen der SED in den Hauptabteilungen und Abteilungen des MfS Berlin liegen für den Untersuchungszeit-

21 Vgl. Richert: Macht ohne Mandat, S. XXXVIII.

22 Vgl. ebenda, S. XXXV–XL; Glæßner: Herrschaft durch Kader, inbes. S. 156–175.

23 Vgl. Richert: Macht ohne Mandat, S. 19–22; Neugebauer: Partei und Staatsapparat.

24 Die im folgenden für die Akten der Kreisleitung angegebenen Signaturen beruhen auf der Groberschließung des Bestandes. Eine künftige detaillierte Verzeichnung wird Änderungen dieser Signaturen zur Folge haben.

raum derzeit nicht vor, daher kann dieser Bereich nur insoweit berücksichtigt werden, als sich seine Tätigkeit in den Akten der Kreisleitung spiegelt. Ergänzend zum Bestand der SED-Kreisleitung wurden die Akten des Sekretariats des Ministers, die Kaderakten der Hauptabteilung Kader und Schulung sowie dienstliche Vorschriften aus der „Dokumentenstelle“ im Zentralarchiv des Bundesbeauftragten berücksichtigt. Aus der „Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR“ im Bundesarchiv wurden insbesondere die Bestände des Politbüros und des Sekretariats des ZK der SED, des Sektors MfS der Abteilung für Sicherheitsfragen des ZK sowie einige wenige, aber zentrale Dokumente aus dem Büro Ulbricht herangezogen. Zusammen mit den Protokollen der Sicherheitskommission aus dem Militärarchiv des Bundesarchivs in Freiburg beleuchten sie die Ebene der Anleitung der Parteiorganisation der SED im MfS durch die Parteiführung. Für die bis 1953 bestehende übergreifende Landes- bzw. Bezirksleitung der SED im MfS sind keine eigenen Bestände überliefert; ihre Geschichte muß anhand der genannten Quellen rekonstruiert werden. Abschließend ist darauf hinzuweisen, daß die vermutlich nicht unerhebliche Rolle der sowjetischen Berater im MfS und der sowjetischen Stellen in der DDR im Zusammenhang mit der Parteiarbeit im MfS in den deutschen Unterlagen nur sehr punktuelle Spuren hinterlassen hat.

2. Parteiarbeit und geheimpolizeilich-geheimdienstliche Tätigkeit: Begriffsbestimmung und Differenzierung

Voraussetzung für eine Untersuchung des Verhältnisses zwischen Parteiarbeit und geheimpolizeilich-geheimdienstlicher Tätigkeit, letztere in den Quellen häufig als „fachliche“ Arbeit bezeichnet, ist eine genaue Abgrenzung sowie eine innere Differenzierung dieser Begriffe. Dies erweist sich aus verschiedenen Gründen als nicht ganz einfach. Ein erstes Hindernis sind die unscharfen Konturen des Begriffs „Parteiarbeit“. Die in der älteren politologischen Literatur angebotenen Definitionen und Untergliederungen geben Anregungen für eine Begriffsbildung, trennen für den hier verfolgten Zweck jedoch nicht scharf genug zwischen „Parteiarbeit“ und „fachlicher“ Arbeit. Joachim Schultz bezeichnet beispielsweise als „Parteiarbeit“ alle jene Tätigkeiten, „die im Auftrag oder im Namen der SED von deren Mitgliedern und Funktionären ausgeübt werden“²⁵. Da SED-Mitglieder auch durch ihre berufliche Tätigkeit in Betrieben, Verwaltungen, Institutionen und Organisationen Beschlüsse der Parteiführung ausführen, bezieht eine so definierte Parteiarbeit auch ihre „fachlichen“ Tätigkeiten mit ein.²⁶ Gero Neugebauer unterscheidet bei seinen Überlegungen zur Rolle der Parteiorganisationen im Staatsapparat zwei Arbeitsbereiche: Die „politisch-ideologische Arbeit“ der SED-Organisationen habe die politische Erziehung der Parteimitglieder und parteilosen Mitarbeiter zum Inhalt, mittels ihrer „Kontrolltätigkeit“ überprüften sie, inwieweit bei der Erledigung der „fachlichen“ Arbeit die Beschlüsse der SED eingehalten und zur Grundlage der Tätigkeit der jeweiligen staatlichen Struktureinheit gemacht würden.²⁷ Auch Neugebauers Begriff „Kontrolltätigkeit“ bezeichnet genau jene Grauzone zwischen politischer und „fachlicher“ Arbeit, die er mangels interner Quellen noch nicht präzise beschreiben konnte, die hier aber Gegenstand der Analyse ist.²⁸

Ein weiteres Problem ergibt sich aus dem hohen Grad der Politisierung der „fachlichen“ Tätigkeit im Staatsapparat der DDR: Ihr war durch die schon erwähnte Funktion des Staatsapparates als Instrument der Partei zur

25 Schultz: Funktionär in der Einheitspartei, S. 22.

26 Vgl. ebenda, S. 23.

27 Vgl. Neugebauer: Partei und Staatsapparat, S. 143–151. Die Einschränkung der Kontrollfunktionen der Parteiorganisationen in Verwaltungen durch das Statut der SED zwischen 1954 und 1976, so Neugebauer, habe zwar bedeutet, daß die Parteiorganisationen in den Verwaltungen nicht wie die übrigen Betriebsparteiorganisationen in den Leitungsprozeß hätten eingreifen können, in der Praxis jedoch Kontrolle keineswegs verhindert.

28 Zusätzlich zu den hier genannten Definitionen und Untergliederungen vgl. Förtsch/Mann: Die SED, S. 61f.

sozialistischen Umgestaltung per se ein starkes politisches Element inhärent, das sie von der letztendlich auf die Fertigung bestimmter Gütermengen ausgerichteten „fachlichen“ Tätigkeit im Produktionsbereich grundsätzlich unterschied. Dies dürfte die verschiedenen Verwaltungsbereiche unterschiedlich intensiv betroffen haben; extrem politisiert war der Staatssicherheitsdienst wegen seiner herrschaftssichernden Funktionen: Er hatte die Gegner des bestehenden Herrschaftssystems und der durch Partei und Staat initiierten Gesellschaftsveränderungen zu identifizieren und zu verfolgen, in Abhängigkeit von der marxistisch-leninistische Ideologie und ihrer jeweils aktuellen Auslegung durch die SED-Parteiführung. Von der Festlegung von Strategie und Taktik des MfS bis zu deren Umsetzung in einzelne Schritte der operativen Arbeit hatte die geheimdienstlich-geheimpolizeiliche Arbeit daher immer sowohl eine politische als auch eine „fachliche“ Komponente.

Sachlich-inhaltlich lassen sich Parteiarbeit und geheimpolizeilich-geheimdienstliche Arbeit nicht klar voneinander trennen. Die analytische Trennung beider Tätigkeiten ist dennoch unverzichtbar, denn nur so können die angedeuteten Verschmelzungen und Verflechtungen genauer bestimmt werden. Da die Beschreibung des Verhältnisses zwischen Parteiarbeit und „fachlicher“ Arbeit im Prinzip eine Untersuchung des Verhältnisses zweier Institutionen, nämlich des Parteiapparates im MfS und des dienstlichen Apparates der Staatssicherheit, zueinander darstellt, erscheint es sinnvoll, die Begriffe „Parteiarbeit“ und „geheimpolizeilich-geheimdienstliche Arbeit“ bezogen auf die Tätigkeit dieser Institutionen zu verwenden. Deshalb werden im folgenden unter „Parteiarbeit der SED“ ausschließlich Aktivitäten von Parteigliederungen oder Apparaten der SED verstanden. „Parteiarbeit der SED im MfS“ meint demnach alle Handlungen der SED-Parteiorganisation im MfS. Anders als die ältere politologische Literatur schließt die hier verwendete Begrifflichkeit diejenigen Handlungen aus, die einzelne Parteimitglieder als Mitarbeiter des Staats- oder Wirtschaftsapparates im Auftrag der Partei ausführten. So gehört eine Verhaftung, die der SED angehörende Mitarbeiter der Staatssicherheit auf Veranlassung des Politbüros vornahm, nicht zur „Parteiarbeit“. Der institutionengebundenen Definition von „Parteiarbeit“ wird eine ebenfalls an der Institution orientierte Bestimmung des Begriffs der geheimpolizeilich-geheimdienstlichen Arbeit gegenübergestellt: Er meint alle jene Handlungen, die von den dienstlichen Gliederungen des Staatssicherheitsdienstes ausgehen. Präziser formuliert, lautet die im Mittelpunkt dieser Studie stehende Frage demnach: Welche Überschneidungszonen gab es im MfS zwischen der Arbeit der SED-Betriebsparteiorganisation und der Tätigkeit der dienstlichen Gliederungen? Wie gestaltete sich die Zusammenarbeit zwischen beiden Institutionen in den Überschneidungszonen und wer war in diesen Bereichen federführend?

Im folgenden werden die bislang rein formal definierten Begriffe „Parteiarbeit“ und „fachliche Arbeit“ in Arbeitsinhalte oder Arbeitsfelder

weiter untergliedert, um die empirische Untersuchung zu ermöglichen. Für die „Parteiarbeit“ der SED im MfS bildete das jeweils gültige Statut der SED die allgemeine Grundlage.²⁹ Die erste spezifische Aufgabenbeschreibung enthielten die „Vorläufigen Bestimmungen über den Parteaufbau im Staatssekretariat für Staatssicherheit“ aus dem Jahr 1954.³⁰ In ihnen wurde der Parteiorganisation lediglich eine einzige Aufgabe zugewiesen: die „politisch-ideologische und politisch-moralische Erziehung aller Mitarbeiter des Staatssekretariats für Staatssicherheit“. Aus diesem Erziehungsauftrag leiteten sich alle weiteren Einzelaufgaben ab: Sie bestanden vor allem in der Schulung des politischen Bewußtseins der SfS-Angehörigen sowie der ideologischen und moralischen Disziplinierung: Die Mitarbeiter des SfS seien „zum kompromißlosen Kampf gegen Agenten, Spione, Saboteure und alle Feinde der Arbeiter- und Bauernmacht“ zu erziehen. Die Parteiorganisation solle sie mit den „ruhmvollen revolutionären Traditionen der deutschen Arbeiterklasse“ ebenso vertraut machen wie „mit den großen Erfahrungen des Kampfes der sowjetischen Sicherheitsorgane“. „Glühender Haß“ sei ihnen zu vermitteln gegen die westeuropäischen und amerikanischen „Imperialisten“, die ihre Agenten ins Gebiet der DDR entsenden würden. Die politische Erziehungsarbeit solle die Mitarbeiter zur „Stärkung und Erhöhung der Einsatzbereitschaft“, zu „höchster Verantwortung“ und „größter politischer Wachsamkeit“ motivieren. Die Parteiorganisation sei verpflichtet, die „Einheit und Geschlossenheit ihrer Reihen“ zu wahren und müsse einen „schonungslosen Kampf gegen jene opportunistischen und spalterischen Elemente, gegen Versöhnler, Pazifisten und den Sozialdemokratismus“ führen. Nur eine untergeordnete Rolle spielte in den „vorläufigen Bestimmungen“ die Frage einer „Kontrolle“ im Sinne Neubauers: So hatte die SED im SfS „die Autorität der Vorgesetzten zu stärken, diesen wirksame Hilfe bei der Organisierung des Arbeitsablaufes, der Planung und des operativen Einsatzes zu geben“. Bei der Erziehung der SfS-Angehörigen sollte sie auf die „Festigung“ von „Disziplin und Moral, in der Arbeit und im persönlichen Leben“, besonderen Wert legen. Außerdem war es Aufgabe der Parteiorganisation, „das politische und fachliche Studium“ der SfS-Mitarbeiter zu überwachen.³¹

So zentral dieses Dokument ist, weil es die überragende Bedeutung der Erziehungsfunktion in der Tätigkeit der Parteiorganisation der SED verdeutlicht, so lassen sich weder aus diesem noch aus einem anderen Einzeldokument konkrete Arbeitsgebiete ableiten. Erst aus einer Zusammenschau der überlieferten Unterlagen der SED ist eine Typologie der

29 Vgl. Statut der SED 1950, in: Dokumente der SED, Bd. III, S. 162–176; Statut der SED 1954, in: ebenda, Bd. V, S. 90–115.

30 Vgl. Dokument 5, S. 168–176.

31 Vgl. ebenda, S. 168–170.

Arbeitsfelder der SED im MfS zu gewinnen. Acht Tätigkeitsbereiche zeichnen sich ab:

1. *Kaderarbeit*: Sie umfaßte nach der in der DDR gängigen Definition die Auswahl von Personal für bestimmte Funktionen, ihre Erziehung und Förderung im Hinblick auf diese Funktionen sowie schließlich ihren Einsatz in der vorgesehenen Stellung.³² Die SED im MfS betrieb Kaderarbeit sowohl im Hinblick auf ihre eigenen Funktionärspositionen als auch im Hinblick auf dienstliche Funktionen.

2. *Schulung der SED-Mitglieder*: Eigentlich Teil der Kaderarbeit, wird sie hier wegen ihrer zentralen Rolle in der Tätigkeit der Parteiorganisation als eigenes Arbeitsfeld aufgeführt. Im Vordergrund stand die ideologische Schulung der Parteimitglieder, die die SED im MfS selbst durchführte; die Parteiorganisation beschäftigte sich aber auch mit der „fachlichen“ Schulung.³³

3. *Disziplinierung der SED-Mitglieder*:³⁴ Auch für diese gilt, daß sie eigentlich einen Teil der Kaderarbeit darstellt, der aber hier wegen seiner Wichtigkeit innerhalb der Tätigkeit der Parteiorganisation ausgegliedert wird. Die Disziplinierung eines SED-Mitgliedes vollzog sich entweder, indem es vor der Versammlung der Grundorganisation oder vor der Parteileitung zur Rede gestellt wurde, oder – in schwerwiegenderen Fällen – durch ein Parteiverfahren, an dessen Ende Parteistrafen bis hin zum Ausschluß aus der Partei verhängt werden konnten.

4. *Mitwirkung bei der materiellen Versorgung der Mitarbeiter*, von der SED im MfS selbst als „Sorge um den Menschen“³⁵ bezeichnet: So kümmerte sich die Parteiorganisation um Wohnungsprobleme der Mitarbeiter³⁶ oder setzte sich für ihre gesundheitliche Betreuung ein.³⁷ Allerdings besaß diese Betreuung eine Doppelfunktion: Während sich die Partei einerseits durchaus für die Belange der Mitarbeiter engagierte, sollte sie andererseits die Interessen des MfS bezüglich Arbeitseffektivität, Konspiration und sparsamer Verwendung von materiellen Ressourcen mittels erzieherischer Maßnahmen gegenüber ihren Mitgliedern durchsetzen.

32 Vgl. Kap. 6.2., S. 104–112.

33 Vgl. Kap. 6.3. und 6.4., S. 112–134.

34 Vgl. Kap. 6.1., S. 79–104.

35 Vgl. Rechenschaftsbericht auf der SED-Kreisdelegiertenkonferenz im MfS Berlin am 14./15.6.1952, vorgetragen von Karl Frühholz; BStU, ZA, KL-SED 572, Bl. 557–596, hier 587; Parallelüberlieferung: BStU, ZA, Sekretariat des Ministers (SdM) 1199, Bl. 275–312.

36 Vgl. Protokoll der SED-Kreisdelegiertenkonferenz im SfS Berlin am 6./7.3.1954, Redebeitrag des Delegierten Otto; BStU, ZA, KL-SED 815, Bl. 241–245, hier 244.

37 Vgl. etwa Protokoll der SED-Kreisdelegiertenkonferenz im MfS Berlin am 14./15.6.1952, Redebeitrag Kurt Kuchenbecker; BStU, ZA, KL-SED 572, Bl. 492; Rechenschaftsbericht der Zentralen Leitung der Betriebsparteiorganisation im SfS [gemeint: KL-SED] auf der SED-Kreisdelegiertenkonferenz im SfS Berlin am 6./7.3.1954, vorgetragen von Hermann Steudner; BStU, ZA, KL-SED 815, Bl. 171–223, hier 214f.

5. *Kultur- und Sportarbeit*: Die Kreisparteiorganisation bestimmte die Linie der Kultur- und Sportarbeit im MfS, leitete die FDJ-Organisation im MfS bei der Betreuung MfS-eigener Kulturgruppen sowie des Sportvereins „Dynamo“ an und organisierte schließlich eigene kulturelle Veranstaltungen, bei denen oftmals allerdings der Übergang zur politischen Schulung fließend war.³⁸

6. *„Politische Massenarbeit“*: Mit ihr suchte die SED den nicht der Partei angehörenden Teil der Bevölkerung zu erreichen. Innerhalb des MfS spielte sie eine relativ geringe Rolle, da der überwiegende Teil seiner Mitarbeiter gleichzeitig Parteimitglied war. Angehörige der SED im MfS engagierten sich jedoch außerhalb der Staatssicherheit in ihren Wohngebieten als Wahlhelfer oder Schulelternbeiräte oder sie wirkten im Nationalen Aufbauwerk mit, einer von der Nationalen Front gelenkten Bewegung, die den Wiederaufbau fördern sollte.³⁹

7. *Anleitung der FDJ-Arbeit im MfS*: Die Parteiorganisation leitete die FDJ-Kreisorganisation im MfS mit an, indem ihre Funktionäre in deren Leitungen mitarbeiteten und die FDJ-Leitungen vor Parteigremien berichteten. Der Erste Sekretär der FDJ-Kreisleitung war Mitglied des Sekretariats bzw. Büros der Kreisleitung.

8. *Interne organisatorische Arbeit*: Diese umfaßte alle Tätigkeiten, die die Voraussetzung für die inhaltliche Arbeit der Parteiorganisation waren, also beispielsweise die Organisation von Sitzungen, die Festlegung von Arbeitsabläufen, die Mitgliederregistrierung und die Einziehung der Mitgliedsbeiträge.

Die vielfältigen Aufgaben des MfS als Nachrichtendienst, Geheimpolizei und Untersuchungsorgan der Staatsanwaltschaft sind in den Aufgabenbeschreibungen der einzelnen Dienstseinheiten niedergelegt. Für die achtziger Jahre liegen mittlerweile auch detaillierte Übersichten zu den Arbeitsgebieten des MfS vor,⁴⁰ die zusammen mit den Grundinformationen zur Struktur des Staatssicherheitsdienstes in den fünfziger Jahren⁴¹ eine Grundlage für eine Aufgliederung der geheimpolizeilich-geheimdienstlichen Arbeit bilden können: So bildete die „operative Arbeit“ die zentrale

38 Vgl. z. B. Beschluß des Büros der SED-Kreisleitung im MfS Berlin vom 11.11.1957 „zur Auswertung der Kulturkonferenz der SED vom 23. und 24.10.1957“; BStU, ZA, KL-SED 364, Bl. 1026f.; Beschluß des Büros der SED-Kreisleitung im MfS Berlin vom 28.11.1957 „über die Verbesserung der Kulturarbeit im MfS“; ebenda, Bl. 1028–1032.

39 Vgl. z. B. Beschluß des Büros der SED-Kreisleitung im MfS Berlin vom 31.12.1957 „zum Bericht über die Erfüllung des Nationalen Aufbauwerkes 1957 und Vorbereitung der Tätigkeit im NAW 1958“; BStU, ZA, KL-SED 364, Bl. 1033f.

40 Vgl. Organisationsstruktur des Ministeriums für Staatssicherheit 1989, bearbeitet von Roland Wiedmann (Anatomie der Staatssicherheit. Geschichte, Struktur, Methoden. MfS-Handbuch, hrsg. von Klaus-Dietmar Henke, Siegfried Suckut, Clemens Vollnhals, Walter Süß, Roger Engelman, Teil V/1), BStU, Berlin 1995, sowie bezogen auf die Tätigkeitsfelder der Mitarbeiter: Jens Gieseke: Die hauptamtlichen Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS-Handbuch, Teil IV/1), BStU, Berlin 1995, S. 21f.

41 Siehe Organigramm auf S. 21.

Aufgabe des MfS. Sie umfaßte die geheimpolizeilichen und geheimdienstlichen Maßnahmen im engeren Sinne von der Bespitzelung eines Verdächtigen über dessen Verhaftung und Vernehmung bis zur Übergabe an die Justiz sowie die Berichterstattung an die Parteiführung über Stimmungen und Ereignisse. Einen zweiten Tätigkeitsbereich stellte der sogenannte „Wach- und Sicherungsdienst“ dar: also die Bewachung von Gebäuden sowie der Schutz von Partei- und Staatsfunktionären. Als Teil der geheimpolizeilich-geheimdienstlichen Arbeit im weiteren Sinne sind schließlich die Tätigkeiten der verwaltenden Dienstseinheiten zu werten: Kaderwerbung, -schulung und -betreuung sowie Finanz- und Materialverwaltung schufen die Voraussetzungen für die eigentliche operative Arbeit.

3. Zur Geschichte des Ministeriums bis 1957

Der folgende Überblick kann die noch ausstehende Darstellung des MfS in den fünfziger Jahren nicht ersetzen, enthält aber einige Rahmeninformationen für die Geschichte seiner Parteiorganisation. Er konzentriert sich auf drei zentrale Phasen in der Geschichte des Ministeriums, auf seine Gründung sowie die Vorgänge um die Absetzung der beiden ersten Staatssicherheitschefs, Wilhelm Zaisser und Ernst Wollweber.

3.1. Von den Vorläufern bis zum Juni-Aufstand 1953

Zentrale Vorläuferinstitutionen des MfS waren das Referat K 5 der Kriminalpolizei in der Deutschen Verwaltung des Innern (DVdI) sowie die Dezernate K 5 und Kriminalkommissariate 5 auf Länder- und Kreisebene. In Ansätzen seit 1945 bestehend, wurde die K 5 in Folge des Entnazifizierungsbefehls 201 der Sowjetischen Militäradministration (SMAD) seit 1947 erheblich ausgebaut und reorganisiert.⁴³ Unter Anleitung der sowjetischen Sicherheitsorgane entwickelte sie sich zu einer regelrechten Geheimpolizei.⁴⁴ Unter anderem hatte die K 5 Attentate, Sabotageakte, Sprengstoff- und Waffenvergehen zu verfolgen, die Weiterführung von NS-Organisationen, die Verbreitung von Gerüchten und Parolen und sonstige Verstöße gegen den Aufbau der volksdemokratischen Ordnung zu bekämpfen.⁴⁵ Bei weiteren in der Literatur mitunter als Vorläufer genannten Institutionen, den „Informationsabteilungen“ bei den Landes- und Provinzialverwaltungen⁴⁶ mit der „Abteilung Nachrichten und Information“ in der DVdI als Überbau⁴⁷ sowie dem „Ausschuß zum

43 Vgl. Naimark: Russians, S. 360f.

44 Vgl. ebenda 361f.; zur Tätigkeit der K 5 vgl. auch Jahresberichte des Dezernates K 5 im Land Sachsen für 1947 (Januar) und 1948 (o. D.); BStU, ZA, AS 229/66, Bl. 362–588 und 589–790.

45 Gieseke: Das Ministerium für Staatssicherheit 1950 bis 1989/90, in: Hans Ehlert, Torsten Diedrich und Rüdiger Wenzke (Hrsg.): Im Dienste der Partei. Die bewaffneten Organe der DDR, Berlin 1998 (in Vorb.); Naimark: Russians, S. 362.

46 Dieter Marc Schneider: Innere Verwaltung/Deutsche Verwaltung des Innern (DVdI), in: Martin Broszat und Hermann Weber (Hrsg.): SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949, München, 2. Aufl. 1993, S. 207–217, hier 216.

47 Vgl. Jochen Laufer: Die Ursprünge des Überwachungsstaates in Ostdeutschland. Zur Bildung der Deutschen Verwaltung des Innern in der Sowjetischen Besatzungszone (1946), in: Bernd Florath, Armin Mitter und Stefan Wolle (Hrsg.): Die Ohnmacht der Allmächtigen. Geheimdienste und politische Polizei in der modernen Gesellschaft, Berlin 1992, S. 146–168, hier 162–164; Naimark: Russians, S. 364–366.

Schutze des Volkseigentums bei der deutschen Wirtschaftskommission“⁴⁸ kann eine direkte organisatorische Kontinuität inzwischen ausgeschlossen werden.⁴⁹

Eine zentrale Rolle beim Aufbau des Sicherheitsapparates der SBZ/DDR spielte die Mitte 1946 unter Geheimhaltung gegründete DVdI. Sie sollte das nach Ländern und Provinzen strukturierte Polizeiwesen, zu dem auch die K 5 gehörte, zentralisieren und die kaderpolitischen Interessen der SED in der Polizei durchsetzen.⁵⁰ Daneben war sie für den ab 1948 gezielt betriebenen Aufbau kasernierter militärischer Verbände zuständig.⁵¹ Einer der drei Vizepräsidenten der DVdI war Erich Mielke,⁵² der zunächst vor allem für Personalpolitik und Personalschulung, ab 1948 jedoch ausschließlich für den Aufbau des für die politische Arbeit in der DVdI und der Volkspolizei zuständigen Politikurapparates verantwortlich zeichnete.⁵³ 1949 wurde die K 5 aufgelöst und eine „Hauptverwaltung zum Schutze der Volkswirtschaft“ in der DVdI geschaffen, die mit der Gründung der DDR am 7. Oktober in das Ministerium des Innern überging. Das Gesetz vom 8. Februar 1950 erhob diese zum Ministerium für Staatssicherheit.⁵⁴ Der Innenminister der DDR, Karl Steinhoff, definierte für die Öffentlichkeit die Aufgaben des neuen Ministeriums wie folgt: Es solle die volkseigene Wirtschaft vor Anschlägen und Angriffen schützen, gegen feindliche Agenten und Saboteure kämpfen, die „demokratische

48 Fricke: DDR-Staatssicherheit, S. 22. Entgegen den Vermutungen Fricke wurde dieser Ausschuß nicht von Mielke geleitet, sondern von Dr. Friedrich Lange; Strukturplan der Deutschen Wirtschaftskommission für die SBZ, o. D., mit Beischreiben Pieck an Mielke am 30.4.1948; BStU, ZA, SdM 374, Bl. 2–6, hier 3 und 6.

49 Vgl. Gieseke: Das Ministerium für Staatssicherheit 1950 bis 1989/90, in: Hans Ehlert, Torsten Diedrich und Rüdiger Wenzke (Hrsg.): Im Dienste der Partei. Die bewaffneten Organe der DDR, Berlin 1998 (in Vorb.).

50 Vgl. Protokoll der „Konferenz der Präsidenten der DVdI mit den Chefs der Polizei der Länder und Provinzen in der SBZ und den Vertretern des SMAD“ am 30.10.1946; BStU, ZA, AS 229/66, Bl. 43–136, hier 44–46.

51 Schneider: DVdI, S. 213–215. Zu Auf- und Ausbau der militärischen Verbände siehe Wolfgang Eisert: Zu den Anfängen der Sicherheits- und Militärpolitik der SED-Führung 1948 bis 1952, in: Bruno Thoß (Hrsg.): Volksarmee schaffen – ohne Geschrei! Studien zu den Anfängen einer „verdeckten Aufrüstung“ in der SBZ/DDR 1947–1952, München 1994, S. 141–204; Günther Glaser (Hrsg.): „Reorganisation der Polizei“ oder getarnte Bewaffnung der SBZ im Kalten Krieg? Dokumente und Materialien zur sicherheits- und militärpolitischen Weichenstellung in Ostdeutschland 1948/49, Frankfurt (Main) u. a. 1995.

52 Zur Biographie Erich Mielkes siehe Jochen von Lang: Erich Mielke. Eine deutsche Karriere, Berlin 1991; Wilfriede Otto: Zur Biographie von Erich Mielke. Legende und Wirklichkeit, Berlin 1994.

53 Vgl. Protokoll der „Konferenz der Präsidenten der DVdI mit den Chefs der Polizei der Länder und Provinzen in der SBZ und den Vertretern des SMAD“ am 30.10.1946; BStU, ZA, AS 229/66, Bl. 43–136, hier 43; Protokoll der Sitzung des Präsidiums der DVdI am 27.7.48; BA, DO 1/7, 42, Bl. 1–3, hier 2; Sekretariat des Präsidenten: Vorläufiger Geschäftsverteilungsplan der DVdI vom 22.10.1948; BA, DO 1/7, 16, Bl. 137–141, hier 139.

54 Fricke: DDR-Staatssicherheit, S. 24.